



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Landeskriminalamt

bürgerorientiert • professionell • rechtsstaatlich



Finanzermittlungen Lagebild für NRW 2015

Kriminalitätsentwicklung im Überblick





Finanzermittlungen

Verdachtsmeldungen

- > Im Jahr 2015 ist mit 6 230 Verdachtsmeldungen erneut ein Höchststand zu verzeichnen.
- > Kreditinstitute übersendeten auch 2015 die meisten Verdachtsmeldungen.

Vermögenssicherung

- > Die durch die Polizei NRW gesicherte Summe an Vermögenswerten belief sich im Jahr 2015 auf circa 36,3 Millionen Euro.
- > Die Zahl der Verfahren mit Sicherung von Vermögenswerten sank auf 685.

	2014	2015	Veränderung in %	
Geldwäschebekämpfung Verdachtsmeldungen	5.157	6 230	+ 20,8 %	
Geldwäschebekämpfung erkannte Straftaten	2.787	3 307	+ 18,7 %	
Vermögenssicherung Sicherungsergebnis aller Polizeibehörden (Angabe in Mio. €)	52,0	36,3	- 30,2 %	
Vermögenssicherung Verfahren mit Sicherungsmaßnahmen	823	685	- 16,8 %	

Inhalt

	Kriminalitätsentwicklung im Überblick	3
1	Lagedarstellung	6
1.1	Vorbemerkungen	6
1.2	Verdachtsmeldungen	7
1.3	Vermögenssicherung	9
2	Entwicklungen im Verdachtsmeldewesen	12
2.1	Finanzsektor	12
2.2	Nichtfinanzsektor	13
3	Gesetzesnovellierungen	13
3.1	Novellierung der Geldwäschenorm (§ 261 StGB)	13
3.1.1	Selbstwäsche	13
3.1.2	Erweiterung des Vortatenkatalogs	14
3.2	Strafbarkeit der Terrorismusfinanzierung (§ 89c StGB)	14
3.3	Auswirkungen der 4. EU-Geldwäscherichtlinie	15
3.4	Übergangsregelung hinsichtlich zulässiger Legitimationsdokumente	16
3.5	Verlagerung der Financial Intelligence Unit	16
4	Anlagen	17
4.1	Anlage Tabellen Verdachtsmeldungen	17
4.2	Anlage Tabellen Vermögenssicherung	21
5	Sachverhaltsschilderungen	27
5.1	Verdacht der Geldwäsche	27
5.1.1	Geldwäsche mittels E-Geld	27
5.1.2	Hinweis auf Finanzagentengeflecht	27
5.1.3	Aufgedeckte Tätergruppe (Finanzagenten)	27
5.1.4	Verdacht der Korruption und der Geldwäsche	28
5.2	Verdacht des Betruges	28
5.2.1	Verdacht des Kontoeröffnungsbetruges/der Schleusung	28
5.2.2	Verdacht der Steuerhinterziehung, der Unterschlagung und des Betruges	28
5.3	Steuerdelikte	29
5.3.1	Verdacht der Steuerhinterziehung	29
5.3.2	Vollstreckung eines niederländischen Rechtshilfeersuchens	29
5.4	Finanzierung salafistischer Gruppierungen	29

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 01	
Aufkommen der Verdachtsmeldungen	8
Abbildung 02	
Meldeaufkommen im Bereich der Kreditwirtschaft	9
Abbildung 03	
Sicherungssummen (in Millionen Euro) und Anzahl der Verfahren der Polizei NRW (ohne Sonderfälle)	10
Abbildung 04	
Sicherungssummen (in Millionen Euro) nach Art der Vermögenswerte	11

Tabellenverzeichnis

Tabelle 01	
Eingangszahlen Verdachtsmeldungen	17
Tabelle 02	
Anzahl der bearbeiteten Verdachtsmeldungen	17
Tabelle 03	
Ermittlungsergebnisse	18
Tabelle 04	
Erstatter von Verdachtsmeldungen	19
Tabelle 05	
Meldeverhalten der anderen Verpflichteten gemäß Tabelle 04	20
Tabelle 06	
Sicherungssummen der Polizei NRW (in Tausend Euro)	21
Tabelle 07	
Sicherungssummen der Polizeipräsidien (in Tausend Euro)	22
Tabelle 08	
Sicherungssummen der Landratsbehörden (in Tausend Euro)	23
Tabelle 09	
Sicherungssummen nach Deliktsbereichen/Verwaltungsrecht (in Tausend Euro)	24
Tabelle 10	
Sicherungssummen nach Sicherungszweck (in Tausend Euro)	25
Tabelle 11	
Sicherungssummen nach Art der Vermögenswerte (in Tausend Euro)	25
Tabelle 12	
Sonderfälle (Sicherungssummen in Tausend Euro)	26

1 Lagedarstellung

1.1 Vorbemerkungen

Das vorliegende Lagebild bietet Kerninformationen zum Stand und zur Entwicklung der Finanzermittlungen in Nordrhein-Westfalen. Es wird dabei zwischen den verfahrensunabhängigen Finanzermittlungen und der Vermögenssicherung als Teilbereich der verfahrensintegrierten Finanzermittlungen differenziert.

Verfahrensunabhängige Finanzermittlungen dienen der Erforschung von verdachtsbegründenden Sachverhalten, die sich zum Beispiel aus Finanztransaktionen oder auffälligem Finanzgebaren ergeben, ohne dass bereits eine Straftat erkennbar zugeordnet werden kann.¹ Dies geschieht im Zusammenspiel der Ermittlungsbehörden mit den Verpflichteten im Sinne des Geldwäschegesetzes (GwG).² Ergänzend besteht eine Meldepflicht für Behörden der Finanzverwaltungen des Bundes und der Länder.³ Eine wichtige Maßnahme zur Geldwäschebekämpfung sind Bargeldfeststellungsverfahren⁴ der Zollverwaltung. Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (LKA NRW) ist Zentralstelle zur Entgegennahme von Verdachtsmeldungen.⁵ Die Bearbeitung von Geldwäscheverdachtsmeldungen erfolgt im LKA NRW in den Gemeinsamen Finanzermittlungsgruppen (GFG), welche sich aus Polizei- und Zollfahndungsdienstbeamten zusammensetzen.

Mit der Novellierung des Geldwäschegesetzes vom 29. Dezember 2011 hat der Gesetzgeber durch den Wechsel des Begriffs „Verdachtsanzeige“ zu „Verdachtsmeldung“ verdeutlicht, dass die Schwelle,

eine Verdachtsmeldung zu erstatten, unterhalb eines strafprozessualen Anfangsverdaches im Sinne des § 152 Strafprozessordnung (StPO) liegt. Diese Verdachtsmeldungen haben Hinweischarakter, aus dem sich erst durch ergänzende polizeiliche Bewertungen ein Tatverdacht zur Einleitung eines Strafverfahrens begründen kann.

Daher erfüllen Verdachtsmeldungen grundsätzlich nicht die Erfassungskriterien der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für Geldwäscheverfahren. Dies erklärt die Differenz zwischen den Zahlen der PKS und denen des vorliegenden Lagebildes.

Die Verhinderung und Aufklärung von Geldwäsche erfolgt neben den verfahrensunabhängigen Finanzermittlungen auch durch verfahrensintegrierte Finanzermittlungen. Diese dienen als Bestandteil laufender Ermittlungs- oder Verwaltungsverfahren der Aufspürung, Zuordnung und Abschöpfung krimineller Gewinne, insbesondere durch die

- > Feststellung und Aufklärung von Tatmotiven, Strukturen und Beziehungen verdächtiger Organi-

¹ Richtlinien über polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Finanzermittlungen zur Abschöpfung kriminell erlangten Vermögens und zur Bekämpfung der Geldwäsche sowie zur Aufklärung anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung (Finanzermittlungsrichtlinien – FERL). Gemäß Runderlass des Innenministeriums - 42.2 - 6537, des Finanzministeriums – S -0750 -10-VA 1 und des Justizministeriums – 4000 – III A. 155, vom 06.03.2002.

² § 2 des Gesetzes über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG).

³ § 31b Abgabenordnung (AO) und § 12a Zollverwaltungsgesetz (ZollVG).

⁴ § 12a ZollVG.

⁵ § 13 Absatz 4 Satz 1 Nummer 3 POG NRW in Verbindung mit § 6 Absatz 1 Ziffer 1 der Verordnung über weitere polizeiliche Aufgaben des Landeskriminalamtes bei der Gefahrenabwehr sowie der Erforschung und Verfolgung von Straftaten.

sationen und Einzelpersonen durch Erforschung der Geldflüsse, der Finanzbeziehungen oder der Herkunft verdächtigen Vermögens,

- > Ermittlung aller wesentlichen Umstände, die bedeutsam sind, um Anordnungen zur Vermögensabschöpfung treffen zu können,
- > Anregung und Durchführung von strafprozessualen Sicherungsmaßnahmen zur Vermögensabschöpfung,
- > Ermittlung der Umstände, die Opfern als Grundlage für eine Schadenswiedergutmachung dienen können,

- > polizeirechtliche Sicherstellung von beweglichen Vermögenswerten zur Gefahrenabwehr.⁶

Die in diesem Lagebild dargestellten Ergebnisse zu den verfahrensunabhängigen Finanzermittlungen basieren auf der Auswertung der Verdachtsmeldungen, die beim LKA NRW eingegangen sind. Die Daten zu den verfahrensintegrierten Finanzermittlungen resultieren aus den Vermögenswerten, welche durch die Polizeibehörden Nordrhein-Westfalen (NRW) gesichert und gemeldet wurden. Die Klammerwerte im Text sind, sofern nicht anders angegeben, die Vergleichswerte des Vorjahres.

1.2 Verdachtsmeldungen

Im Jahr 2015 erfasste das LKA NRW insgesamt 6 230 Verdachtsmeldungen (5 157). Seit 2008 ist eine kontinuierliche Steigerung und in den beiden letzten Jahren eine stark erhöhte Zunahme der Anzahl der Verdachtsmeldungen festzustellen.

In den letzten drei Jahren (2013 - 2015) stieg die absolute Fallzahl pro Jahr um jeweils mehr als 1 000 Verdachtsmeldungen (2013: 1 044 Fälle, 2014: 1 370, 2015: 1 073).

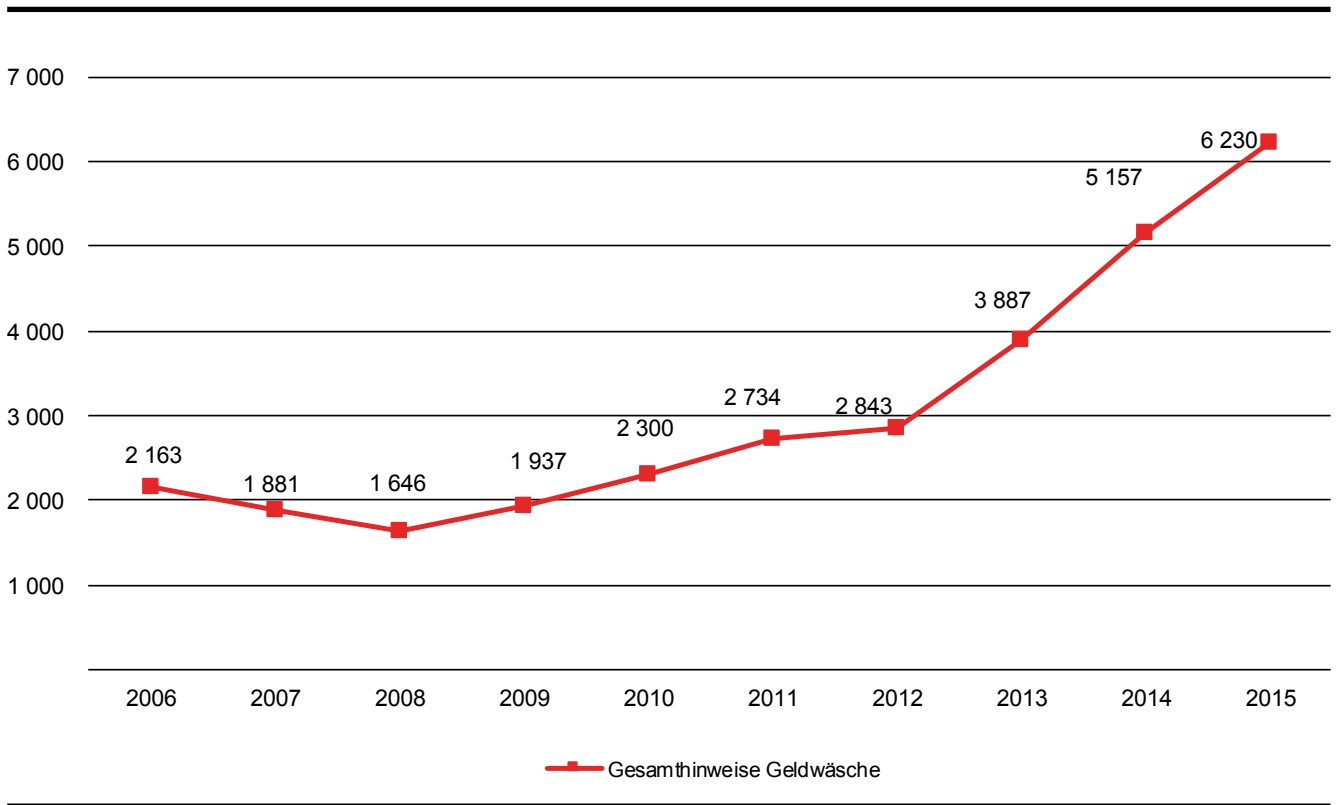
Die Steigerung begründet sich fast ausschließlich aus den 6 186 Verdachtsmeldungen (5 126) der Verpflichteten nach dem GwG.

Von den restlichen 44 Verdachtsmeldungen (31) übermittelten die Finanzbehörden der Länder auf Grundlage der Abgabenordnung 25 Meldungen (21). Die Bargeldkontrollen der Zollbehörden führten zu elf Ermittlungsverfahren (9).⁷ Fünf Verdachtsmeldungen wurden von einer Privatperson übersandt (1). Drei Verdachtsmeldungen wurden durch Sonstige übersandt (11).

⁶ Fußnote 1.

⁷ Dargestellt sind nur die Bargeldkontrollen, auf deren Grundlage ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren aufgrund eines Geldwäscheverdachts eingeleitet wurde.

Abbildung 01
Aufkommen der Verdachtsmeldungen



Nicht jede Verdachtsmeldung kann im Meldejahr abschließend bearbeitet werden. Ergänzt um solche Sachverhalte aus dem Jahr 2014, bearbeiteten die Finanzermittler des LKA NRW im abgelaufenen Jahr 6 363 Verdachtsmeldungen (5 360) und übersandten in 6 024 Fällen (5 227) einen Abschlussbericht an die zuständige Staatsanwaltschaft.

Bei 3 307 Verdachtsmeldungen (2 787) stellten die Ermittler den Anfangsverdacht einer Straftat fest. Dies entspricht einem Anteil von 54,9 Prozent (53,3 Prozent). In 1 724 Fällen (1 412) ergab sich der Verdacht einer Betrugstat, in 608 Fällen (533) der Verdacht einer Geldwäschehandlung. Von diesen Geldwäschehandlungen wiesen 432 (392) Bezüge zu einer Finanzagententätigkeit auf.

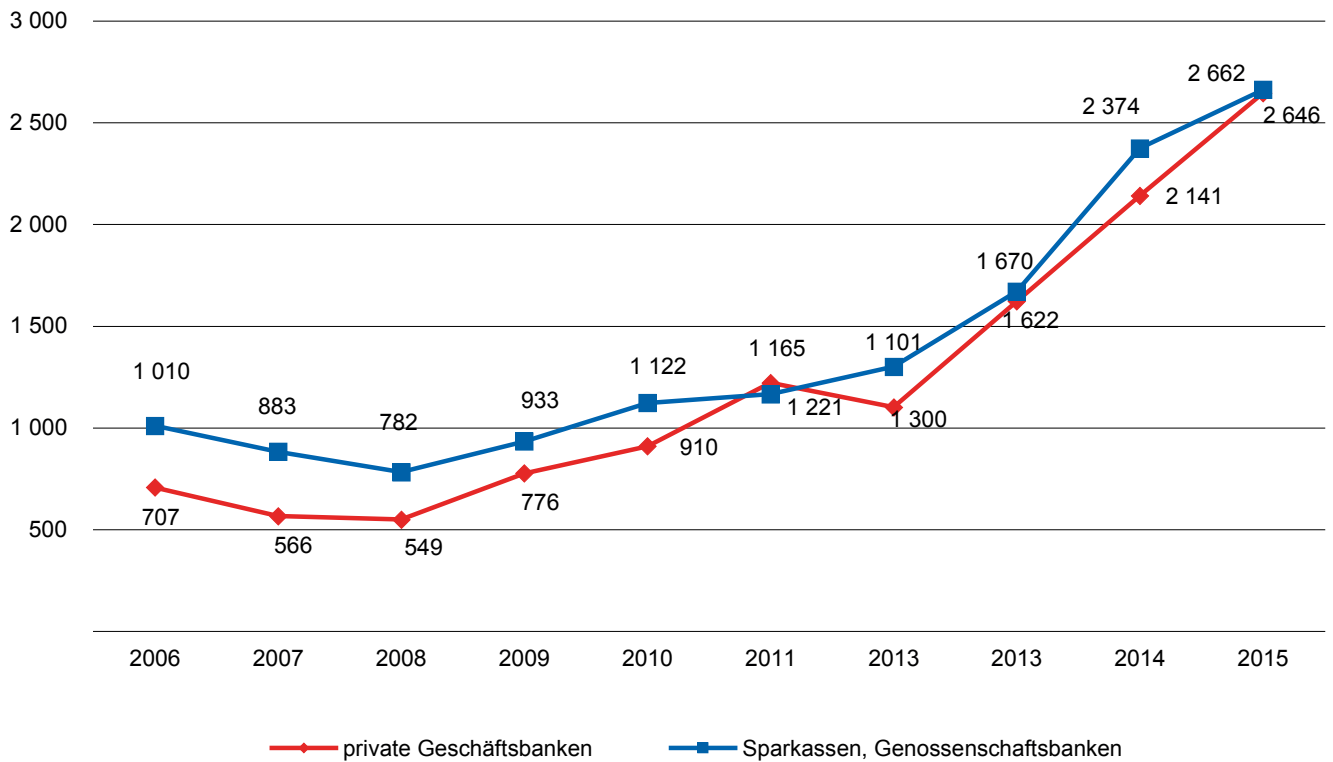
Ausschließlich steuerliche Hintergründe ließen sich in 562 Verdachtsmeldungen (426) vermuten.

Das GwG unterteilt den Kreis der Verpflichteten nach der Art des Geschäftsfeldes oder Berufes in 13 Bereiche.⁸ Kreditinstitute erstatteten 86,9 Prozent aller Verdachtsmeldungen (88,9 Prozent) im Jahr 2015, Finanzdienstleistungsinstitute 9,9 Prozent (8,7 Prozent).

Im Bereich der Kreditinstitute übermittelten Sparkassen und Genossenschaftsbanken 2 662 (2 374) und private Geschäftsbanken 2 646 (2 141) Verdachtsmeldungen.

⁸ § 2 Absatz 1 GwG.

Abbildung 02
Meldeaufkommen im Bereich der Kreditwirtschaft



1.3 Vermögenssicherung

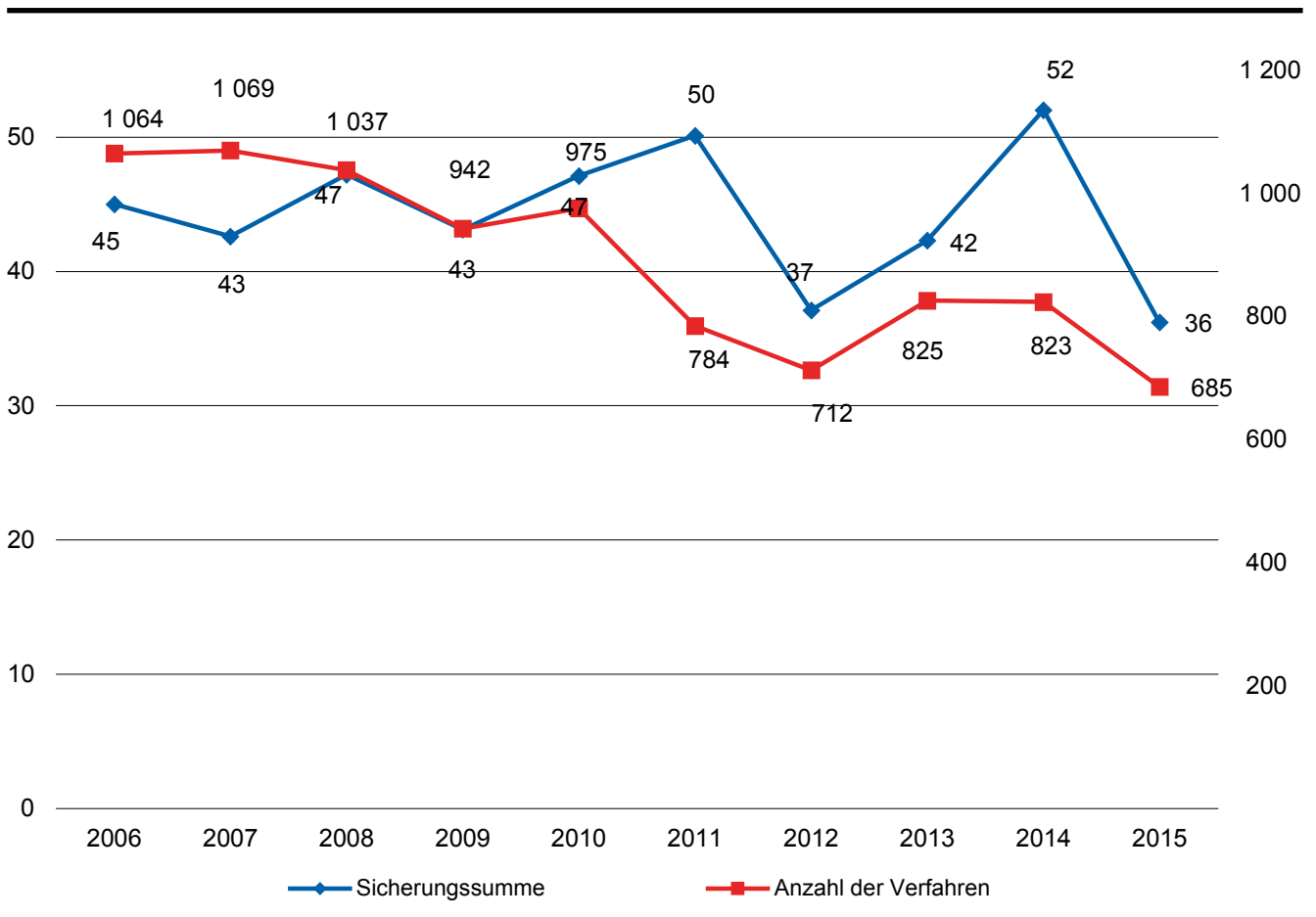
Die Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen sicherten im Jahr 2015 circa 36,3 Millionen Euro (52 Millionen Euro). Die Sicherungen erfolgten in 685 Verfahren (823). Das Niveau bewegt sich auf der Höhe des Jahres 2012.

Die Gesamtsummen setzen sich aus den Ergebnissen der Polizeipräsidien mit 31,3 Millionen Euro bei 458 Verfahren (38,7 Millionen Euro bei 555 Verfahren), der Landratsbehörden mit 4,4 Millionen Euro bei

212 Verfahren (3,7 Millionen Euro bei 250 Verfahren) sowie des LKA NRW mit 52 939 Euro bei 15 Verfahren (9,6 Millionen Euro bei 18 Verfahren) zusammen.

Abbildung 03

Sicherungssummen (in Millionen Euro) und Anzahl der Verfahren der Polizei NRW (ohne Sonderfälle)



Unterteilt nach der Art des Sicherungszwecks entfielen 28,1 Millionen Euro (35,6 Millionen Euro) auf die Rückgewinnungshilfe, 7,8 Millionen Euro (18,9 Millionen Euro) auf den Bereich Verfall/Einziehung (Maßnahmen gemäß StPO)⁹ sowie 386 443 Euro (0,5 Millionen Euro) auf Sicherstellungen zur Gefahrenabwehr auf der Grundlage des PolG NRW.¹⁰

Eine weitere Unterscheidung betrifft die Art der gesicherten Vermögenswerte. Die Finanzermittler sicherten im abgelaufenen Jahr bewegliche Sachen im Wert von 13,2 Millionen Euro (11,5 Millionen Euro), Forderungen und sonstige Vermögensrechte im Wert von 13,2 Millionen Euro (11,8 Millionen Euro), Grundstücke und Immobilien im Wert von 4,4 Millionen

Euro (23,5 Millionen Euro) sowie Bargeld in Höhe von 5,5 Millionen Euro (5,3 Millionen Euro).

Die Rückgänge lassen sich zu einem Großteil durch die fehlenden Abschöpfungsmöglichkeiten in den Verfahren beim LKA und den Polizeipräsidien (zum Beispiel keine Grundstückssicherungen) erklären.

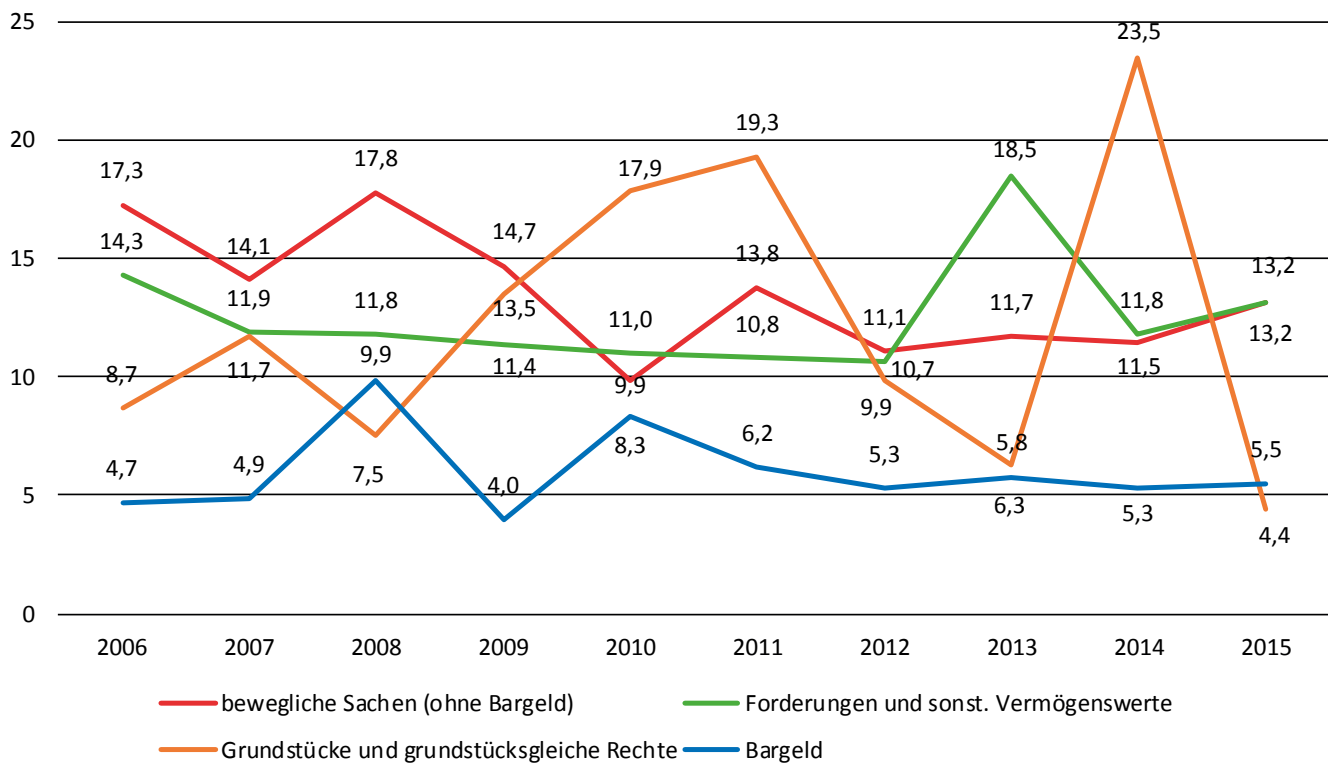
Eine durch das Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) des Landes Nordrhein-Westfalen eingesetzte Landesarbeitsgruppe „Evaluierung polizeilicher Finanzermittlungen“, bestehend aus Vertretern der Kreispolizeibehörden und dem LKA NRW, hat die Organisation, Prozesse und den Personalbedarf zur Durchführung polizeilicher Finanzermittlungen in den

⁹ §§ 111b, c ff. StPO.

¹⁰ § 43 PolG.

Abbildung 04

Sicherungssummen (in Millionen Euro) nach Art der Vermögenswerte



Kreispolizeibehörden (KPB) erhoben, bewertet und Optimierungsmöglichkeiten vorgeschlagen. Ergänzend zu den Finanzermittlungsrichtlinien des Landes NRW hat das MIK NRW die Durchführung polizeilicher Finanzermittlungen durch Erlass geregelt.¹¹ Die in den Kreispolizeibehörden umzusetzenden Vorschläge der Arbeitsgruppe könnten die Ergebnisse im Bereich der Vermögenssicherung eher langfristig positiv beeinflussen.

Seit dem Jahr 2007 erfasst die Statistik im Hinblick auf Vermögenssicherungen sogenannte Sonderfälle. Hierbei handelt es sich um Sachverhalte, in denen die Finanzermittler der Polizei NRW Vermögensermittlungen durchführten, eine Vermögenssicherung

jedoch durch Dritte (zum Beispiel: Finanzämter für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung) erfolgte. Im Jahr 2015 sicherten diese 3,2 Millionen Euro in elf Verfahren (1,7 Millionen Euro in 13 Verfahren) auf der Grundlage polizeilicher Feststellungen.

Die Einrichtung der Ermittlungsgruppe Organisierte Kriminalität und Steuerhinterziehung (EOKS) des Finanzamtes für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung Düsseldorf im LKA NRW soll eine Beteiligung der Finanzverwaltung bei der Bearbeitung von Verdachtsmeldungen mit steuerrechtlicher Relevanz in den gemeinsamen Finanzermittlungsgruppen gewährleisten.

¹¹ Erlass des Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 20. Juli 2015, Az. 422-62.13.07.

2 Entwicklungen im Verdachtsmeldewesen

Von 2008 bis 2011 stieg die Anzahl der Verdachtsmeldungen jährlich um circa 20 Prozent. Nach einem kurzen Abflachen dieser Steigerungsrate im Jahr 2012 (4 Prozent) verzeichnete das LKA NRW im Jahr 2013 einen Anstieg um 37 Prozent und im Jahr 2014 um 32,7 Prozent. Im Jahr 2015 betrug die Steigerungsrate 20,8 Prozent.

Vor dem Hintergrund des andauernden Anstiegs der Zahl von Verdachtsmeldungen hat das LKA NRW bereits im Oktober 2014 den rechtlichen Rahmen zur Bearbeitung von Geldwäscheverdachtsmeldungen mit den Generalstaatsanwaltschaften NRW besprochen und abgestimmt.¹² Geldwäscheverdachtsmeldungen, in denen der strafrechtliche Anfangsverdacht eines Grunddeliktes zweifelsfrei gegeben ist, werden unmittelbar durch das LKA NRW an die zuständige Kreispolizeibehörde weitergeleitet.

Mit Blick auf die weiter steigende Zahl eingehender Verdachtsmeldungen und die damit verbundenen organisatorischen Herausforderungen ist das LKA NRW, Dezernat 13 (Finanzermittlungen), derzeit im Rahmen einer Prozessoptimierung mit der Anpassung ablauforganisatorischer Maßnahmen befasst.

Bislang konnte ein Rückstau bei der Bearbeitung von Verdachtsmeldungen vermieden werden.

2.1 Finanzsektor

Ursächlich für die starken Zuwachsraten ist das Meldeverhalten im Bereich des Finanzsektors. Dafür sind in erster Linie zwei eng miteinander verknüpfte Aspekte ausschlaggebend.

Zum einen verdeutlichte der Gesetzgeber im November 2011, dass die Verdachtsschwelle zur Verpflichtung der Erstattung einer Verdachtsmeldung unterhalb eines strafprozessualen Anfangsverdachts liegt.¹³ Zum anderen veröffentlichte das Bundesministerium der Finanzen (BMF) neue Auslegungs- und Anwendungshinweise zur Handhabung des Geldwäscheverdachtsmeldewesens (§ 11 GwG).¹⁴ Diese weisen darauf hin, dass der Gesetzgeber mit dem Gesetz zur Optimierung der Geldwäscheprävention niedrige Voraussetzungen an die Pflicht zur Erstattung einer Geldwäscheverdachtsmeldung knüpft.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) erhöhte zudem den Kontrolldruck auf die Kreditinstitute, ihren Verpflichtungen nach dem GwG und Kreditwesengesetz (KWG) nachzukommen.¹⁵ Die Verpflichteten haben den Sachverhalt unter dem Blickwinkel seiner Ungewöhnlichkeit und Auffälligkeit im jeweiligen geschäftlichen Kontext auf Basis ihrer allgemeinen und beruflichen Erfahrungen zu würdigen und keine rechtliche Subsumtion im Sinne von § 261 StGB vorzunehmen.

¹² Dienstbesprechung der GFG im LKA NRW mit den OK-Koordinatoren der Generalstaatsanwaltschaften in NRW (Oktober 2014).

¹³ Vergleiche 1.1 Vorbemerkungen dieses Lagebildes.

¹⁴ BMF, Auslegungshinweise zur Handhabung des Verdachtsmeldewesens (§ 11 GwG) vom 06.11.2014, Az. WK 5023/10/10011.

¹⁵ Vergleiche §§ 25g ff. Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG).

2.2 Nichtfinanzsektor

Am 12.05.2015 führte das LKA NRW unter Beteiligung von Behördenvertretern einen Erfahrungsaustausch mit Vertretern der Bezirksregierungen aus der Geldwäscheprevention durch. Die Veranstaltung verfolgte das Ziel, aktuelle geldwäscherelevante Handlungen in den betreffenden Branchen zu erkennen und Möglichkeiten des Informationsaustauschs mit den Kreispolizeibehörden zu erörtern.

Besonders in der Automobilbranche sind hohe Bargeldkäufe immer noch üblich, da die Käufer unmittelbar über die erworbenen Fahrzeuge verfügen möchten und nicht erst auf eine zeitlich versetzte Gutschrift der Überweisung warten wollen. Besonders hohe Bargeldabwicklungen betreffen den Markt der Zwischenhändler, die eine Vielzahl für den Export bestimmte ältere Fahrzeuge erwerben. Zudem ist aufgrund der großen Zahl der Abwicklung von Kaufverträgen, die im Internet geschlossen wurden, eine Zunahme von Bargeschäften zu verzeichnen, weil Käufer und Verkäufer unmittelbar vor Ort das Geschäft abwickeln wollen (Geld gegen Ware). Auch in den Geschäftsbereichen der Edelmetallhändler, Juweliere, Antiquitätenhändler

und des Handels mit Booten sind Bargeldkäufe mit hohen Beträgen durchaus üblich. Diese Branchen fallen in der Meldestatistik in den Bereich der „sonstigen Gewerbetreibenden“.

Obwohl in diesen Branchen laut einer vor kurzem veröffentlichten Studie¹⁶ geldwäscherelevante Risiken bestehen, lag die Zahl der eingehenden Meldungen aus diesem Bereich im Jahr 2015 bei nur 48 (2014: 23). Derzeit prüft der Gesetzgeber die Einführung einer Bargeldhöchstgrenze, um das Einschleusen inkriminierter Vermögenswerte in den Wirtschaftskreislauf zu erschweren.¹⁷

3 Gesetzesnovellierungen

3.1 Novellierung der Geldwäschenorm (§ 261 StGB)

3.1.1 Selbstwäsche

Der Gesetzgeber hat die Strafnorm der Geldwäsche (§ 261 StGB) novelliert.¹⁸ Die Novellierung schränkt die tatbestandsmäßigen Voraussetzungen des persönlichen Strafausschlussgrundes ein.¹⁹ Bisher galt für Beteiligte, die sich wegen einer Vortat der Geldwäsche²⁰ strafbar gemacht und die Erträge als Täter oder Teilnehmer dieser selbst begangenen

Straftaten gewaschen hatten, ein unbeschränkter persönlicher Strafausschlussgrund. Mit Einführung des § 261 Absatz 9 Nummer 3 Satz 2 StGB schränkt der Gesetzgeber die tatbestandsmäßigen Voraussetzungen des persönlichen Strafausschlussgrundes ein. Wer als Beteiligter einer Vortat inkriminierte Vermögenswerte in den Verkehr bringt und dabei deren rechtswidrige Herkunft verschleiert, macht sich künftig auch wegen Geldwäsche strafbar.

¹⁶ Bussmann, Kai/Vockrodt, Marcel: „Dunkelfeldstudie über den Umfang der Geldwäsche in Deutschland und über die Geldwäscherisiken in einzelnen Wirtschaftssektoren“, Martin Luther Universität Halle Zusammenfassung, August 2015.

¹⁷ Bundesministerium der Finanzen auf <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/2016-02-22-Bargeld.html>, zuletzt aufgerufen: 29.03.2016.

¹⁸ Gesetz zur Bekämpfung der Korruption vom 20.11.2015 (BGBl. I Seite 2025).

¹⁹ § 261 Absatz 9 StGB.

²⁰ § 261 Absatz 1 Satz 2 StGB.

Es genügt, dass eine solche Wirkung bei einem verschleiernenden Inverkehrbringen denkbar ist. Dem verfassungsrechtlich verankerten Verbot der Doppelbestrafung ist dadurch Rechnung getragen, dass nur Verhaltensweisen erfasst sind, die einen eigenen spezifischen Unrechtsgehalt aufweisen.

Die Definition des In-Verkehr-Bringens erfasst sämtliche Handlungen, die dazu führen, dass der Täter den inkriminierten Gegenstand aus seiner tatsächlichen Verfügungsgewalt entlässt und ein Dritter die tatsächliche Verfügungsgewalt über den Gegenstand erlangt. Hierzu zählen beispielsweise das Einzahlen von illegal erlangtem Bargeld auf ein Bankkonto oder das Veräußern von Wertgegenständen. Soweit aus der Vortat Forderungen oder Rechte herrühren, setzt das In-Verkehr-Bringen die Aufgabe der rechtlichen Verfügungsbefugnis und ihre Übertragung auf einen Dritten voraus. Dazu können die Überweisung von Buchgeld von einem Konto auf einen dritten Zahlungsempfänger im In- oder Ausland und der bargeldlose Erwerb

von Unternehmensanteilen, Finanzinstrumenten oder Lebensversicherungspolice gehören.

Die Definition des „Verschleierns“ umfasst falsche Angaben des Täters gegenüber den Verpflichteten nach dem Geldwäschegesetz (GwG)²¹ über dessen Identität und den Hintergrund seiner geschäftlichen Tätigkeit, die Täuschung über das Grundgeschäft für einzelne Transaktionen im Zahlungsverkehr oder bewusste Falschbuchungen.

3.1.2 Erweiterung des Vortatenkatalogs

Künftig ist die Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB) vom Anwendungsbereich der Geldwäsche umfasst. Europäische Amtsträger, die in den Regelungsbereich des § 332 StGB (Bestechlichkeit) und § 334 StGB (Bestechung) fallen, unterliegen mit Einführung des § 335a StGB künftig ebenfalls den Bestimmungen der Geldwäschegesetz.²²

3.2 Strafbarkeit der Terrorismusfinanzierung (§ 89c StGB)

Mit Einführung des § 89c StGB hat der Gesetzgeber eine eigene Strafnorm zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung in das Strafgesetzbuch implementiert und den Strafraum verschärft.

Die bisherige Vorschrift des § 89a Absatz 2 Nummer 4 StGB (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat) beschränkte sich auf „nicht unerhebliche Vermögenswerte“. Diese Beschränkung ist nun aufgehoben.

Von der Strafnorm der Terrorismusfinanzierung sind künftig folgende Handlungen umfasst:

- > Unterstützung von Spendensammlungen für Reisen in Kriegsregionen zwecks Erlangung von Fähigkei-

ten zur Vorbereitung oder Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat.²³

- > Sammlung, Entgegennahme und das zur Verfügung stellen von finanziellen Mitteln zugunsten krimineller oder terroristischer Aktivitäten.²⁴

Die Strafverfolgungsbehörden müssen die Absicht zur Tatbegehung nachweisen.²⁵

²¹ § 2 Absatz 1 GwG.

²² § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete).

²³ § 89c Absatz 1 Nummer 8 in Verbindung mit § 89a Absatz 2a StGB.

²⁴ § 89c Absatz 1 Nummer 1-7 StGB.

²⁵ § 89c StGB i.V.m. § 89a Absatz 2a StGB (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat).

3.3 Auswirkungen der 4. EU-Geldwäscherichtlinie

Mit Inkrafttreten der 4. EU-Geldwäscherichtlinie²⁶ und Einführung der Geldtransferverordnung²⁷ hat die Europäische Union zahlreiche neue Standards in der Geldwäschebekämpfung und gegen die Terrorismusfinanzierung gesetzt. Richtlinie und Verordnung sind am 25. Juni 2015 in Kraft getreten.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben zwei Jahre Zeit, ihre nationalen Rechtssysteme entsprechend anzupassen.

Verpflichtete nach dem GwG²⁸ haben zur Identifizierung von Geldwäscherisiken künftig intensivere Risikobewertungen zu ihren Geschäftsbeziehungen, Transaktionen und Kunden vorzunehmen. Juristische Personen sind künftig verpflichtet, präzise und aktuelle Angaben zu ihren wirtschaftlich Berechtigten sowie zu Art und Umfang der wirtschaftlichen Berechtigung einzuholen und aufzubewahren. Die Informationen sind in jedem Mitgliedstaat in einem - nicht öffentlich zugänglichen - zentralen Register aufzubewahren.

Der Zugang ist Aufsichtsbehörden, zentralen Verdachtsmeldestellen, Verpflichteten nach dem GwG zur Erfüllung ihrer Sorgfaltspflichten²⁹ sowie anderen Personen oder Organisationen, die ein berechtigtes Interesse nachweisen können, vorbehalten. Eine Überprüfungspflicht der Angaben durch die registerführende Stelle ist nicht vorgesehen. Welche Institution in Deutschland dieses Register führen wird, ist noch nicht entschieden.

Die neue Geldtransferverordnung verpflichtet Zahlungsdienstleister nicht nur wie bisher Angaben zum Auftraggeber, sondern zukünftig auch zum Berechtigten des Transfers zu machen. Diese Angaben sind dem Transfer beizufügen. Dem Transfer zwischengeschaltete Zahlungsdienstleister müssen künftig über wirksame Verfahren zur Erkennung von fehlenden oder unvollständigen Angaben verfügen und risikobasierte Verfahren für (Folge-)Maßnahmen vorhalten.

Eine Überprüfungspflicht der Angaben ist erst bei Transfersgeschäften von mehr als 1 000 Euro vorgesehen, sofern keine Anhaltspunkte für eine Verbindung mit anderen Transfers vorliegen, anonymes (E-)Geld angenommen wurde oder ein Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung vorliegt. Für Zahlungskarten, E-Geld-Instrumente und Mobiltelefone, die nur zum Erwerb von Waren oder Dienstleistungen verwendet werden, gilt die Verordnung aufgrund des geringen Risikos von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung nicht.

Das LKA NRW erwartet eine erneute Steigerung des Meldeaufkommens aufgrund dieser Anforderungen.³⁰

²⁶ Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015.

²⁷ Verordnung (EU) 2015/847 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015.

²⁸ § 2 Absatz 1 GwG.

²⁹ § 4 Absatz 6 GwG.

³⁰ siehe: https://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Fachartikel/2015/fa_bj_1506_geldwaesche.html

3.4 Übergangsregelung hinsichtlich zulässiger Legitimationsdokumente

Mit Schreiben vom 21.08.2015 erließ die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit Verweis auf die richtlinienkonforme Umsetzung der europäischen Zahlungskontenrichtlinie eine Übergangsregelung hinsichtlich der zulässigen Legitimationsdokumente zur Erfüllung der Identifizierungspflichten nach dem Geldwäschegesetz.³¹

Die Zahlungskontenrichtlinie räumt jeder Person, die einen rechtmäßigen Aufenthalt in der EU hat, das Recht auf ein sogenanntes Basiskonto ein. In den vier Monaten seit Einführung der Übergangsregelung meldeten Kreditinstitute sechs Fälle des Verdachts

des Lastschriftbetruges an das LKA NRW. In drei Fällen standen auffällige Auslandsüberweisungen nach vorheriger Bareinzahlung im Zusammenhang mit der Eröffnung von Basiskonten.

3.5 Verlagerung der Financial Intelligence Unit

Aktuell prüfen das Bundesministerium für Finanzen (BMF) und das Bundesministerium des Inneren (BMI), ob die bisher beim BKA angesiedelte Financial Intelligence Unit (FIU) aus dem Geschäftsbereich des BKA

in das Ressort des BMF verlagert werden soll. In den polizeilichen Gremien des Bundes und der Länder werden die Folgen dieser Verlagerung für die polizeiliche Bearbeitung von Verdachtsmeldungen erörtert.

³¹ § 4 Absatz 4 Nummer 1 GwG.

4 Anlagen

4.1 Anlage Tabellen Verdachtsmeldungen

Tabelle 01

Eingangszahlen Verdachtsmeldungen

(Dargestellt sind nur die Bargeldkontrollen, bei denen ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen Geldwäscheverdachts eingeleitet wurde.)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Verdachtsmeldungen gem. § 11 GwG	2 154	1 860	1 602	1 902	2 258	2 703	2 813	3 854	5 126	6 186
Verdachtsmeldungen gem. § 31b AO	1	14	31	20	28	18	19	15	21	25
Bargeldkontrollen gem. § 12a ZollVG	7	7	7	8	12	10	5	14	9	11
sonstige Geldwäschehinweise	1	-	6	7	2	3	6	4	1	8
Gesamt	2 163	1 881	1 646	1 937	2 300	2 734	2 843	3 887	5 157	6 230

Tabelle 02

Anzahl der bearbeiteten Verdachtsmeldungen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gesamthinweise Geldwäsche	2 163	1 881	1 646	1 937	2 300	2 734	2 843	3 887	5 157	6 230
Überhang aus dem Vorjahr	268	332	276	259	168	182	189	116	203	133
bearbeitete Gesamthinweise	2 431	2 213	1 922	2 196	2 468	2 916	3 032	4 003	5 360	6 363
davon:										
nicht abgeschlossen	332	276	259	168	182	189	116	203	133	339
abgeschlossen	2 099	1 937	1 663	2 028	2 286	2 727	2 916	3 800	5 227	6 024

Tabelle 03**Ermittlungsergebnisse**

X = Wert wurde nicht erhoben; - = aus diesem Bereich lagen keine Taten vor

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Verfahren abgeschlossen	2 099	1 937	1 663	2 028	2 286	2 727	2 916	3 800	5 227	6 024
Einstellungsvorschlag an StA	1 281	848	834	817	756	1 094	1 435	1 923	2 440	2 717
Grund:										
kein hinreichender Tatverdacht	1 234	801	765	763	693	1 056	1 401	1 877	2 298	2 251
keine Straftat	47	47	69	54	63	38	34	46	142	466
Verdacht einer Straftat	818	1 089	829	1 211	1 530	1 633	1 481	1 877	2 787	3 307
Delikt:										
Geldwäsche	251	462	204	500	667	719	472	579	533	608
<i>davon Finanzagenten</i>	223	436	170	425	550	631	400	488	392	432
Betrug	352	291	285	367	443	582	648	918	1 412	1 724
Verstoß gg. Abgabenordnung	79	154	170	214	275	192	120	100	426	562
Insolvenzdelikt	15	17	33	30	20	16	30	39	54	58
Verstoß gg. BtMG	18	34	32	18	18	28	30	36	41	46
Verstoß gg. Arzneimittelgesetz	x	-	3	-	5	5	9	16	15	8
Urkundenfälschung	27	25	21	15	10	17	35	41	24	34
Untreue	9	22	13	11	21	14	21	20	55	45
unerlaubtes Glücksspiel	3	5	4	10	2	2	-	3	3	0
Diebstahl	6	6	4	4	10	7	16	10	18	12
Hehlerei	5	7	9	1	3	4	6	11	4	5
illegale Beschäftigung	x	1	4	3	7	3	5	6	70	24
Staatsschutzdelikt	2	12	4	5	6	8	14	8	35	57
sonstige Delikte	51	53	43	33	43	36	75	90	97	124

Tabelle 04**Erstatter von Verdachtsmeldungen**

= diese Verpflichteten erstatteten keine Meldung

(Dargestellt sind nur die Bargeldkontrollen, bei denen ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen Geldwäscheverdacht eingeleitet wurde.)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Verdachtsmeldungen (§ 11 GwG)	2 154	1 860	1 602	1 902	2 258	2 703	2 813	3 854	5 126	6 186
Kreditinstitute	1 745	1 483	1 344	1 723	2 045	2 396	2 419	3 321	4 583	5 414
private Geschäftsbanken	707	566	549	776	910	1 221	1 101	1 622	2 141	2 646
Sparkassen, Girozentralen	824	668	601	743	886	923	1 025	1 269	1 845	2 175
Genossenschaftsbanken	186	215	181	190	236	242	275	401	529	487
Deutsche Bundesbank	27	31	12	14	5	4	4	5	16	11
sonstige Kreditinstitute	1	3	1	-	8	6	14	24	52	95
Versicherungsunternehmen	10	18	12	14	22	32	26	29	32	25
Versicherungsvermittler	x	x	x	x	x	x	x	0	0	1
Finanzdienstleistungsinstitute	392	340	235	152	178	257	333	424	445	614
Finanzunternehmen	4	11	2	-	4	2	8	12	13	12
Investmentaktiengesellschaft	-	1	-	-	-	1	-	-	0	0
Spielbanken	2	-	-	1	-	2	5	5	0	5
Behörden (§ 14 GwG)	-	-	-	-	-	1	2	2	13	60
andere Verpflichtete	1	7	9	12	9	12	20	61	29	55
sonstige Geldwäscheinweise	9	21	44	35	42	31	30	33	42	44
Privatpersonen	1	-	-	2	1	1	2	-	1	5
Finanzbehörden (§ 31b AO)	1	14	31	20	28	18	19	15	21	25
Bargeldkontrollen (§ 12a ZollVG)	7	7	7	8	12	10	5	14	9	11
Sonstige	-	-	6	5	1	2	4	4	11	3
Gesamthinweise Geldwäsche	2 163	1 881	1 646	1 937	2 300	2 734	2 843	3 887	5 157	6 230

Tabelle 05**Meldeverhalten der anderen Verpflichteten gemäß Tabelle 04**

- = diese Verpflichteten erstatteten keine Meldung

* = sonstige Person, die fremdes Vermögen verwaltet

Die Werte wurden für 2005 und 2006 nicht gesondert ausgewiesen.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Rechtsanwälte	-	2	-	4	4	3	2	2	1	3
Rechtsbeistände	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Notar	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-
Patentanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wirtschaftsprüfer	-	-	1	-	-	-	-	3	2	-
vereidigter Buchprüfer	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Steuerberater	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-
Steuerbevollmächtigter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Immobilienmakler	-	-	2	-	2	-	-	2	1	4
sonstige Gewerbetreibende	-	5	5	4	2	9	18	51	23	48
Kammer	-	-	1	2	1	-	-	3	1	-
sonstige Person*	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-
Gesamt	1	7	9	12	9	12	20	61	29	55

4.2 Anlage Tabellen Vermögenssicherung

Tabelle 06

Sicherungssummen der Polizei NRW (in Tausend Euro)

in Klammern: Anzahl der Verfahren mit Vermögenssicherung

x = Wert wurde nicht erhoben

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Polizeipräsidien	26 956 (628)	28 153 (598)	37 919 (606)	30 782 (527)	36 791 (608)	37 890 (466)	27 018 (466)	20 956 (492)	38 724 (555)	31 295 (458)
Landratsbehörden	7 611 (436)	8 977 (471)	5 894 (431)	7 399 (415)	6 175 (367)	7 690 (318)	4 891 (246)	4 795 (289)	3 727 (250)	4 415 (212)
Zwischensumme	34 567 (1064)	37 130 (1069)	43 812 (1037)	38 181 (942)	42 966 (975)	45 580 (784)	31 909 (712)	25 752 (781)	42 451 (805)	35 710 (670)
LKA NRW	10 420 (14)	5 463 (7)	3 354 (8)	5 447 (21)	4 115 (19)	4 472 (15)	5 148 (28)	16 595 (44)	9 565 (18)	553 (15)
Gesamt Land NRW	44 987 (1078)	42 593 (1076)	47 167 (1045)	43 628 (963)	47 081 (994)	50 053 (799)	37 057 (740)	42 346 (825)	52 016 (823)	36 263 (685)
Sonderfälle	x x	25 726 (40)	770 (17)	9 373 (22)	29 591 (18)	1 639 (12)	1 802 (10)	14 475 (10)	1 688 (13)	3 205 (11)
Land NRW (einschl. Sonderfälle)	44 987 (1078)	68 319 (1116)	47 937 (1062)	53 001 (985)	76 672 (1012)	51 692 (811)	38 859 (750)	56 821 (835)	53 704 (836)	39 468 (696)

Tabelle 07

Sicherungssummen der Polizeipräsidien (in Tausend Euro)

in Klammern: Anzahl der Verfahren mit Vermögenssicherung

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Aachen	463 (39)	1 157 (32)	5 601 (32)	1 001 (28)	700 (27)	2 728 (30)	516 (39)	757 (35)	620 (36)	654 (30)
Bielefeld	848 (11)	702 (10)	930 (24)	673 (19)	1 117 (13)	797 (11)	631 (9)	1 325 (6)	393 (8)	292 (8)
Bochum	1 179 (11)	1 271 (16)	1 262 (21)	2 749 (25)	250 (14)	1 624 (11)	227 (12)	115 (21)	12 543 (21)	1 676 (10)
Bonn	2 158 (38)	1 658 (29)	1 169 (38)	2 231 (24)	2 220 (34)	1 108 (29)	1 127 (33)	179 (16)	1 080 (43)	3 800 (35)
Dortmund	1 192 (22)	3 917 (35)	4 606 (25)	2 189 (28)	2 085 (47)	1 050 (18)	1 638 (34)	1 404 (36)	1 134 (44)	1 803 (35)
Duisburg	499 (35)	632 (28)	7 191 (39)	2 319 (35)	457 (28)	816 (28)	1 028 (40)	1 015 (29)	483 (34)	316 (26)
Düsseldorf	2 476 (89)	3 612 (113)	546 (57)	1 263 (55)	1 445 (47)	2 377 (36)	396 (16)	2 833 (61)	1 007 (64)	1 140 (34)
Essen	4 963 (106)	2 895 (68)	3 885 (88)	2 016 (65)	16 401 (89)	1 903 (43)	2 946 (38)	3 949 (35)	6 299 (34)	7 420 (34)
Gelsenkirchen	616 (4)	109 (4)	241 (16)	4 (2)	839 (9)	757 (14)	1 075 (22)	354 (26)	32 (3)	365 (10)
Hagen	170 (16)	255 (22)	2 322 (11)	770 (18)	335 (25)	5 656 (16)	1 889 (16)	313 (24)	895 (25)	372 (18)
Hamm	838 (8)	488 (15)	394 (22)	41 (12)	190 (12)	123 (18)	55 (7)	2 (1)	262 (6)	76 (6)
Köln	4 600 (61)	4 288 (49)	4 300 (58)	7 625 (65)	5 336 (81)	10 972 (65)	12 425 (67)	1 781 (76)	2 133 (63)	1 891 (83)
Krefeld	2 343 (13)	672 (26)	122 (24)	550 (14)	431 (12)	784 (15)	365 (10)	100 (4)	7 873 (4)	240 (14)
Mönchengladbach	194 (40)	1 111 (43)	338 (35)	654 (34)	526 (44)	726 (24)	170 (12)	817 (26)	567 (29)	467 (24)
Münster	3 254 (30)	1 471 (35)	3 650 (36)	1 029 (16)	2 113 (24)	2 559 (32)	969 (26)	2 202 (21)	1 627 (29)	5 408 (19)
Oberhausen	423 (47)	149 (27)	410 (26)	1 795 (23)	208 (19)	248 (16)	45 (18)	193 (19)	128 (13)	1 277 (28)
Recklinghausen	972 (36)	760 (22)	718 (39)	2 378 (27)	549 (28)	2 140 (26)	657 (22)	2 786 (21)	710 (33)	3 323 (16)
Wuppertal	1 095 (58)	3 007 (24)	232 (15)	1 494 (37)	1 590 (55)	1 523 (34)	857 (45)	831 (35)	938 (66)	777 (28)
Gesamt	28 285 (664)	28 153 (598)	37 919 (606)	30 782 (527)	36 791 (608)	37 890 (466)	27 018 (466)	20 956 (492)	38 724 (555)	31 295 (458)

Tabelle 08**Sicherungssummen der Landratsbehörden (in Tausend Euro)**

in Klammern: Anzahl der Verfahren mit Vermögenssicherung

- = keine Sicherungen/Verfahren

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Borken	297 (26)	628 (68)	355 (52)	383 (48)	355 (46)	567 (42)	367 (33)	661 (36)	136 (23)	385 (29)
Coesfeld	174 (29)	335 (31)	738 (31)	332 (33)	282 (30)	862 (30)	188 (19)	181 (14)	423 (7)	239 (5)
Düren	21 (8)	137 (12)	8 (7)	117 (12)	61 (13)	51 (13)	113 (18)	152 (23)	83 (13)	142 (21)
Ennepe-Ruhr	12 (4)	429 (11)	33 (8)	166 (12)	6 (4)	133 (3)	31 (2)	-	-	18 (3)
Euskirchen	173 (8)	37 (3)	107 (9)	107 (7)	144 (2)	41 (4)	17 (1)	300 (1)	54 (5)	89 (2)
Gütersloh	39 (3)	47 (5)	186 (10)	83 (1)	-	-	167 (7)	82 (12)	113 (8)	39 (5)
Heinsberg	368 (23)	-	234 (28)	1 447 (38)	313 (18)	307 (18)	190 (8)	134 (18)	72 (8)	167 (3)
Herford	15 (16)	49 (14)	86 (17)	48 (11)	4 (4)	25 (12)	58 (15)	161 (5)	103 (7)	7 (4)
Hochsauerlandkreis	34 (10)	4 (5)	97 (7)	115 (6)	103 (4)	336 (3)	135 (1)	-	-	5 (2)
Höxter	1 (1)	169 (4)	-	-	-	-	12 (1)	12 (2)	48 (9)	68 (7)
Kleve	448 (23)	624 (13)	342 (8)	156 (5)	132 (6)	173 (8)	182 (7)	280 (10)	238 (4)	397 (4)
Lippe	100 (7)	479 (10)	238 (8)	4 (2)	25 (6)	88 (7)	195 (5)	130 (7)	39 (4)	158 (7)
Märkischer Kreis	101 (13)	209 (19)	248 (9)	502 (13)	234 (19)	132 (15)	86 (10)	61 (6)	110 (10)	3 (3)
Mettmann	82 (13)	216 (7)	103 (11)	35 (11)	692 (12)	362 (5)	281 (11)	239 (16)	332 (11)	158 (10)
Minden-Lübbecke	52 (5)	289 (14)	171 (16)	66 (12)	190 (15)	243 (14)	126 (14)	247 (14)	22 (3)	61 (5)
Oberberg. Kreis	24 (7)	109 (7)	106 (10)	31 (7)	13 (7)	77 (7)	-	-	-	-
Olpe	66 (2)	-	1 (1)	-	39 (2)	-	-	25 (1)	-	-
Paderborn	94 (18)	299 (22)	296 (22)	107 (21)	365 (20)	643 (17)	51 (10)	122 (9)	178 (12)	544 (2)
Rhein.-Berg. Kreis	-	247 (13)	128 (13)	308 (9)	345 (22)	578 (12)	139 (8)	90 (8)	114 (9)	91 (16)
Rhein-Erft Kreis	1 341 (49)	823 (40)	627 (35)	1 369 (41)	327 (24)	185 (13)	470 (20)	432 (31)	218 (17)	676 (10)
Rhein-Kreis Neuss	894 (30)	536 (29)	184 (32)	87 (28)	850 (21)	65 (24)	37 (16)	70 (19)	36 (22)	20 (11)
Rhein-Sieg Kreis	49 (9)	1 636 (27)	120 (7)	48 (6)	61 (7)	5 (1)	-	1 (1)	35 (4)	6 (1)
Siegen-Wittgenstein	284 (10)	41 (4)	195 (10)	418 (9)	498 (8)	235 (8)	234 (7)	26 (4)	84 (4)	117 (10)
Soest	240 (13)	329 (20)	158 (6)	161 (17)	213 (14)	391 (17)	58 (8)	329 (19)	373 (15)	178 (12)
Steinfurt	470 (9)	51 (9)	133 (16)	130 (16)	335 (12)	632 (15)	406 (12)	347 (10)	355 (14)	119 (9)
Unna	266 (11)	85 (5)	244 (5)	33 (7)	166 (12)	1 319 (5)	204 (6)	208 (10)	130 (9)	353 (2)
Viersen	346 (6)	353 (21)	201 (11)	336 (7)	70 (5)	84 (4)	520 (1)	46 (5)	-	152 (9)
Warendorf	192 (26)	183 (25)	171 (19)	106 (12)	95 (10)	91 (7)	101 (5)	383 (4)	16 (8)	42 (5)
Wesel	100 (21)	637 (33)	382 (23)	705 (24)	257 (24)	65 (14)	520 (1)	77 (4)	416 (24)	182 (15)
Gesamt	6 282 (400)	8 977 (471)	5 894 (431)	7 399 (415)	6 175 (367)	7 690 (318)	4 891 (246)	4 795 (289)	3 727 (250)	4 415 (212)

Tabelle 09**Sicherungssummen nach Deliktsbereichen/Verwaltungsrecht (in Tausend Euro)**

in Klammern: Anzahl der Verfahren; bis 2011: Anzahl der Schuldner

- = keine Sicherungen/Verfahren (Schuldner)

* = Angleichung an BKA-Erhebungskatalog 2014 (davor keine Angabe)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Arzneimittelgesetz	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	49	19
	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	(4)	(4)
Betrug	12 424	9 298	21 196	16 069	11 424	14 651	11 700	18 605	20 994	11 835
	(180)	(146)	(180)	(180)	(195)	(144)	(130)	(123)	(103)	(81)
BtmG	3 778	4 543	4 460	5 908	4 186	4 308	4 575	2 852	4 201	4 597
	(493)	(494)	(497)	(452)	(431)	(362)	(323)	(340)	(370)	(322)
Diebstahl	6 075	2 857	3 948	6 383	3 632	2 827	2 896	5 546	3 192	3 724
	(261)	(170)	(232)	(210)	(179)	(153)	(122)	(173)	(151)	(132)
Erpressung	2 766	277	3	119	90	60	258	446	1 039	61
	(6)	(7)	(3)	(8)	(11)	(8)	(5)	(4)	(6)	(3)
Geldfälschung	41	5	45	34	4	34	-	168	-	14
	(4)	(1)	(4)	(2)	(1)	(8)	-	(1)	-	(2)
Geldwäsche	1 906	2 169	1 344	1 471	6 786	200	559	1 831	4 784	1 189
	(18)	(19)	(12)	(19)	(28)	(14)	(15)	(19)	(12)	(22)
Hehlerei	1 487	4 582	1 336	1 389	1 916	1 451	4 707	2 404	1 249	6 544
	(77)	(54)	(41)	(30)	(47)	(25)	(24)	(26)	(15)	(20)
Insolvenzdelikt	8	28	37	197	19	5 671	240	238	86	367
	(2)	(1)	(1)	(4)	(1)	(2)	(3)	(2)	(4)	(3)
Korruption	1 302	217	119	1 351	1 260	1 099	312	787	149	3 122
	(6)	(5)	(2)	(18)	(11)	(8)	(1)	(2)	(1)	(4)
Menschenhandel	205	1 681	51	6	145	19	215	32	-	399
	(10)	(13)	(8)	(2)	(7)	(1)	(3)	(2)	-	(2)
OWiG	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-
	-	-	-	-	(1)	-	-	-	-	-
Raub	125	276	154	1 109	401	382	677	251	390	55
	(18)	(23)	(17)	(32)	(34)	(18)	(24)	(20)	(20)	(9)
Staatsschutzdelikt	25	-	-	-	-	-	-	49	-	90
	(1)	-	-	-	-	-	-	(1)	-	(4)
Steuerdelikt	496	1 295	1 989	689	2 233	4 184	218	1 456	7	661
	(5)	(6)	(16)	(10)	(12)	(27)	(6)	(6)	(1)	(7)
Tötungsdelikt	4	4	6	-	114	6	40	-	40	53
	(2)	(2)	(1)	(1)	(2)	(1)	(3)	-	(1)	(3)
Umweltdelikt	-	1 169	428	-	-	-	-	-	12 463	1 193
	-	(2)	(3)	-	-	-	-	-	(7)	(1)
Unerlaubtes Glücksspiel	1 857	3 670	195	96	8 176	360	2	84	163	176
	(19)	(42)	(15)	(16)	(69)	(17)	(2)	(4)	(5)	(3)
Unterschlagung	1 883	742	4 810	2 790	1 737	1 808	433	1 116	828	669
	(54)	(50)	(51)	(45)	(25)	(36)	(11)	(23)	(23)	(20)
Untreue	7 529	8 238	5 887	4 392	4 637	11 688	9 433	4 462	1 229	988
	(42)	(30)	(38)	(27)	(25)	(24)	(10)	(19)	(14)	(7)
Urkundendelikt	-	8	16	378	27	-	4	862	6	1
	-	(2)	(2)	(5)	(3)	-	(2)	(2)	(1)	(1)
Sittendelikte	19	36	30	39	32	22	-	-	13	-
	(25)	(60)	(45)	(56)	(52)	(36)	-	-	(23)	-
WaffenG	1	4	143	1	11	2	-	514	2	6
	(2)	(2)	(7)	(1)	(1)	(2)	-	(2)	(1)	(2)
Sonstige	3 013	1 418	921	1 170	248	740	501	388	639	113
	(70)	(58)	(32)	(27)	(18)	(29)	(37)	(27)	(19)	(10)
Polizeirecht	22	12	11	35	-	534	285	256	496	387
	(1)	(1)	(1)	(2)	-	(23)	(20)	(25)	(42)	(23)
Gesamt	45 687	44 989	42 593	47 167	43 628	47 081	50 053	37 057	42 346	36 263
	(1368)	(1297)	(1194)	(1209)	(1147)	(1154)	(939)	(741)	(823)	(685)

Tabelle 10

Sicherungssummen nach Sicherungszweck (in Tausend Euro)

- = keine Sicherungen

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Verfall	10 948	14 217	7 452	8 661	15 089	7 542	6 003	7 941	18 009	6 818
Einziehung	1 643	2 442	1 927	2 277	1 063	663	807	1 376	920	976
Gesamt Verfall/Einziehung	12 591	16 660	9 378	10 938	16 152	8 205	6 810	9 317	18 929	7 794
Finanzamt	1 353	743	695	608	2 003	2 323	2 112	3	17	0
sonstige staatliche Einrichtungen	1 920	855	2 052	3 879	1 284	9 290	381	1 663	1 303	4 485
Private	29 101	24 324	35 003	28 146	27 356	29 701	27 468	31 107	31 272	23 597
Gesamt Rückgewinnungshilfe	32 374	25 921	37 750	32 633	30 642	41 314	29 961	32 774	32 592	28 082
Polizeirecht	22	12	39	57	287	534	285	256	496	386
Gesamt	44 987	42 593	47 167	43 628	47 081	50 053	37 057	42 346	52 016	36 263

Tabelle 11

Sicherungssummen nach Art der Vermögenswerte (in Tausend Euro)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Bargeld	4 683	4 864	9 943	4 035	8 330	6 181	5 315	5 800	5 280	5 516
Bewegliche Sachen (ohne Bargeld)	17 285	14 131	17 837	14 677	9 866	13 757	11 136	11 739	11 475	13 237
Forderungen und sonstige Vermögensrechte	14 318	11 884	11 843	11 425	10 992	10 830	10 744	18 537	11 782	13 160
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	8 701	11 715	7 543	13 491	17 893	19 284	9 863	6 272	23 480	4 349
Gesamt	45 686	44 987	42 593	47 167	43 628	47 081	50 053	37 057	42 346	36 263

Tabelle 12Sonderfälle (Sicherungssummen in Tausend Euro)³²

			Sonderfälle		Gesamt	
	Sicherungen	Verfahren	Sicherungen	Verfahren	Sicherungen	Verfahren
Aachen	654	30	0	0	654	30
Bielefeld	292	8	0	0	292	8
Bochum	1 676	10	0	0	1 676	10
Bonn	3 800	35	0	0	3 800	35
Borken	385	29	0	0	385	29
Coesfeld	239	5	0	0	239	5
Dortmund	1 803	35	0	0	1 803	35
Duisburg	316	26	26	1	342	27
Düren	142	21	0	0	142	21
Düsseldorf	1 140	34	40	2	1 181	36
Ennepe-Ruhr	18	3	0	0	18	3
Essen	7 420	34	0	0	7 420	34
Euskirchen	89	2	0	0	89	2
Gelsenkirchen	365	10	119	1	484	11
Gütersloh	39	5	0	0	39	5
Hagen	372	18	0	0	372	18
Hamm	76	6	0	0	76	6
Heinsberg	167	3	0	0	167	3
Herford	7	4	0	0	7	4
Hochsauerlandkreis	5	2	261	1	266	3
Höxter	68	7	0	0	68	7
Kleve	397	4	0	0	397	4
Köln	1 891	83	1 771	5	3 662	88
Krefeld	240	14	0	0	240	14
LKA NRW	553	15	987	1	1 540	16
Lippe	158	7	0	0	158	7
Märkischer Kreis	3	3	0	0	3	3
Mettmann	158	10	0	0	158	10
Minden-Lübbecke	61	5	0	0	61	5
Mönchengladbach	467	24	0	0	467	24
Münster	5 408	19	0	0	5 408	19
Oberbergischer Kreis	0	0	0	0	0	0
Oberhausen	1 277	28	0	0	1 277	28
Olpe	0	0	0	0	0	0
Paderborn	544	2	0	0	544	2
Recklinghausen	3 323	16	0	0	3 323	16
Rheinisch-Berg. Kreis	91	16	0	0	91	16
Rhein-Erft Kreis	676	10	0	0	676	10
Rhein-Kreis Neuss	20	11	0	0	20	11
Rhein-Sieg Kreis	6	1	0	0	6	1
Siegen-Wittgenstein	117	10	0	0	117	10
Soest	178	12	0	0	178	12
Steinfurt	119	9	0	0	119	9
Unna	353	2	0	0	353	2
Viersen	152	9	0	0	152	9
Warendorf	42	5	0	0	42	5
Wesel	182	15	0	0	182	15
Wuppertal	777	28	0	0	777	28
Gesamt	36 263	685	3 205	11	39 468	696

³² Sonderfall: Sachverhalte, in denen Vermögensermittlungen durch die Finanzermittler der Polizei NRW durchgeführt werden, eine Vermögenssicherung jedoch durch Dritte (zum Beispiel: Finanzämter für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung) erfolgt.

5 Sachverhaltsschilderungen

5.1 Verdacht der Geldwäsche

5.1.1 Geldwäsche mittels E-Geld

Auf zwei erst kurz zuvor eröffnete Konten erfolgten Gutschriften in Höhe von circa 30 000 Euro, die von insgesamt 1 311 elektronischen Prepaid-Vouchern stammten. Es ist anzunehmen, dass Geschädigte die Aufladungen vornahm, da sie durch Gewinnversprechen zur Zahlung von Gebühren getäuscht wurden. Bei dem Erwerb von solchen Guthabekarten ist keine Identifikation erforderlich. Die Geschädigten erwarben die Voucher an über 600 verschiedenen Verkaufsstellen. Den Gewerbetreibenden fielen so keine einzelnen Kunden auf, bei denen es sich um mögliche Betrugsopfer hätte handeln können.

Anschließend erfolgte eine Weiterleitung des inkriminierten Vermögens an einen E-Geld-Anbieter, der hauptsächlich im russisch-sprachigen Raum von Kunden genutzt wird, um es von dort nach Russland und angrenzende Staaten zu schleusen.

Verdachtskriterien:

- > Einzahlung verschiedener Kleinbeträge auf ein Sammelkonto (sogenanntes Smurfing)
- > Transaktion auf weitere Konten im Ausland zur Verschleierung der Herkunft

5.1.2 Hinweis auf Finanzagentengeflecht

Im Rahmen von Kontoeröffnungen für mindestens acht Personen, die nicht der deutschen Sprache mächtig waren, fiel immer wieder eine Person auf, die bei den Kontoeröffnungen in den Kreditinstituten als Dolmetscher auftrat. Die eröffneten Konten dienten als Empfängerkonten von Phishing-Taten mit einer Gesamtsumme von circa 48 000 Euro. Die Institute überwiesen einen Großteil des erlangten Betrages an die Geschädigten zurück. Ein Teil konnte durch

die Täter jedoch bar verfügt werden. Der Verbleib der erlangten Gelder ist unklar. Bei dem vermeintlichen Dolmetscher dürfte es sich um einen Hintermann der Finanzagenten handeln.

Verdachtskriterien:

- > Hinweise auf Konteneröffnung im Drittinteresse
- > Wiederkehrende handelnde Person

5.1.3 Aufgedeckte Tätergruppe (Finanzagenten)

Eine Ermittlungskommission beim PP Hagen, die wegen des Verdachts der Geldwäsche mittels sogenannter Finanzagenten eingesetzt worden war, konnte durch die Festnahmen von vier Hauptverdächtigen und die Identifizierung von 40 Mittätern erfolgreich abgeschlossen werden. Die Täter veranlassten Blitzüberweisungen auf das Konto von Privatpersonen aus dem persönlichen Umfeld des Haupttäters. Um den Eingang des betrügerisch erlangten Geldes festzustellen und eine Stornierung durch die Opfer oder die Bank zu verhindern, fragte die Tätergruppe die Kontostände im online-Banking-Verfahren teilweise mehrere 100-mal in kürzester Zeit ab. Ein Täter machte bei der Polizei umfangreiche Aussagen, so dass auch der Tatverdacht der vorsätzlichen Geldwäsche gegen die Finanzagenten begründet werden konnte und eine Straferleichterung wegen Leichtfertigkeit ausscheiden dürfte. Der Schaden beträgt über 100 000 Euro. Die Mittäter hatten einen Großteil des Betrages in die Türkei überwiesen.

Verdachtskriterien:

- > Auffällige online-Anfragen des Kontostandes
- > Barverfügungen in erheblicher Höhe

5.1.4 Verdacht der Korruption und der Geldwäsche

Ein Kreditinstitut stellte die Gutschrift eines fünfstelligen Betrages auf dem Konto einer Baufirma fest. Als Empfänger war der Sohn des Inhabers des begünstigten Kontos benannt, der als Amtsträger der Bauaufsicht einer Stadtverwaltung beschäftigt ist. Der Täter ließ sich das überwiesene Geld bar auszahlen und nutzte es zur Rückzahlung eines Privatdarlehens. Die

Verdachtsmeldung führte zu einem Verfahren wegen des Verdachts der Korruption, das nachfolgend unter anderem zur Vermögensabschöpfung beim Beschuldigten in Höhe des Erlangten führte.

Verdachtskriterien:

- > Hinweise auf Kontenführung im Drittinteresse
- > Begünstigter ist Amtsträger

5.2 Verdacht des Betruges

5.2.1 Verdacht des Kontoöffnungsbetruges/der Schleusung

Unter Vorlage eines serbischen Ausweises eröffnete eine männliche Person bei einem Kreditinstitut ein Konto. Drei Monate später erschien der vermeintliche Kontoinhaber, gab an, das Konto nicht eröffnet, aber eine Nachricht über nicht eingelöste Lastschriften erhalten zu haben. In diesem Fall wies sich die Person mit einer Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender aus. Der Bank gegenüber erklärte er, dass er das Ausweisdokument, welches zur Kontoeröffnung genutzt wurde, im Zuge der Einreise nach Deutschland neben einem Geldbetrag an einen Schlepper aushändigen musste. Dieser missbrauchte den Pass offensichtlich für Kontoeröffnungen und die Beantragung von Kreditkarten auf den Namen des ursprünglichen Passinhabers.

Verdachtskriterien:

- > Lastschriftrückgaben auf erst kurz zuvor eröffnetes Konto

5.2.2 Verdacht der Steuerhinterziehung, der Unterschlagung und des Betruges

Im Rahmen einer beim LKA NRW eingerichteten Ermittlungskommission erging eine erste Verurteilung wegen des Verdachts des Betruges und der Steuerhinterziehung in Millionenhöhe. Das zuständige Landgericht verurteilte die 65-jährige Deutsche zu einer Haftstrafe von 3 Jahren und 9 Monaten wegen Betruges und Steuerdelikten. Der Haftantritt ist bereits erfolgt.

Sie hatte 2006 das Guthaben ihres verstorbenen Freundes auf ein von ihr neu gegründetes Offshore-Firmen-Konto umgebucht und in der Folgezeit 6,4 Millionen Euro in bar abgeholt, ohne die eigentlichen Erben zu berücksichtigen. Sie geriet währenddessen in die Hände eines österreichischen Heiratsschwindlers, der die 65-Jährige um 3 Millionen Euro betrog. Ein Betrag in Höhe von 1,5 Millionen Euro konnte im Wege der Rechtshilfe durch die Zusammenarbeit mit den Justizbehörden in Luxemburg gesichert werden.

Verdachtskriterien:

- > Einrichtung eines sogenannten „offshore-Kontos“
- > Transaktionen und Barverfügungen in Millionenhöhe

5.3 Steuerdelikte

5.3.1 Verdacht der Steuerhinterziehung

Ein Kreditinstitut entdeckte auffällige Transaktionen eines Kontoinhabers, der nach eigenen Angaben als Kraftfahrzeugvermittler tätig sei. Der Kunde konnte dem Institut keine Unterlagen einreichen, um die legale Herkunft der Gelder plausibel zu erklären. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Ermittlungsgruppe Organisierte Kriminalität – Steuerhinterziehung – (SG EOKS) konnte die Steuerhinterziehung nachgewiesen und Steuerrückstände in fünfstelliger Höhe vollstreckt werden.

Verdachtskriterien:

- > unklare wirtschaftliche Hintergründe
- > keine Unterlagen, die die Transaktionen erklären könnten

5.3.2 Vollstreckung eines niederländischen Rechtshilfeersuchens

Ein Kreditinstitut entdeckte aufgrund eines aktuell von einem Kontoinhaber vorgetragenen Transaktionswunsches ein undurchsichtiges Geflecht deutscher und niederländischer Firmen und Stiftungen. Auf dem Konto befanden sich noch 987 000 Euro.

Als der Kontoinhaber die Auszahlung dieser Summe wünschte, stoppte das Institut die Transaktion im Rahmen der Fristfallregelung und erstattete eine Verdachtsmeldung beim LKA NRW.

Die Ermittlungen ergaben, dass die niederländischen Steuerbehörden ein Rechtshilfeersuchen an die deutschen Steuerbehörden gerichtet hatten, um das Konto nach einem Verfahren wegen des Verdachts des Umsatzsteuerbetrugs zu pfänden. Das Guthaben konnte zugunsten niederländischen Behörden gesichert werden.

Verdachtskriterien:

- > Undurchsichtiges internationales Geflecht von Firmen und Stiftungen

5.4 Finanzierung salafistischer Gruppierungen

Ein Kreditinstitut meldete auffällige Transaktionen auf Konten von insgesamt 18 Personen. Diese hatten über einen Zeitraum von zwei Jahren circa 155 000 Euro auf ein Konto einer Firma in Spanien transferiert, die mit der Finanzierung der Koranverteilungen durch die „Lies! Stiftung“ in Verbindung stand.

Weitergehende Auswertungen ergaben, dass die Kontoinhaber zusätzlich Vereine unterstützten, die der Salafisten-Szene in Deutschland zu zurechnen sind.

Verdachtskriterien:

- > Transaktionen mehrerer Personen auf ein Sammelkonto
- > Verwendungszwecke lassen auf die Unterstützung extremistischer Gruppierungen schließen

Herausgeber

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf

Abteilung 1
Dezernat 13 Finanzermittlungen
Sachgebiet 13.4 Zentrale Informations- und Koordinierungsstelle
 Finanzermittlungen und Gewinnabschöpfung

Redaktion KHK Marc Schäfer
Telefon +49 211 939-1341
Fax +49 211 939-191341
CNPoI 07-224-1341

33-SG134.LKA@polizei.nrw.de
www.lka.polizei.nrw.de

